

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2010 Ingeborg Hubert, Bezirksrätin

Bezirkstagssitzung am 17.12.2009

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2010, zeigt in ganzer Breite die Problematik der nicht vereinbaren Interessen der öffentlichen Hand. Wenn ich mich nur mit dem Haushalt des Bezirks Oberpfalz befassen würde, wäre die Entscheidung einfach. Der Bezirk Oberpfalz ist aber finanziell nicht unabhängig, sondern hängt bei der Finanzierung seiner Aufgaben von den Zuweisungen aus dem Freistaat ab. Die Höhe dieser Zuweisung bestimmt letzten Endes, wie hoch die Bezirksumlage für die Landkreise und kreisfreien Städte ausfallen muss. Deshalb muss ich auch auf die Gesamtsituation bei der Finanzierung der Bezirke eingehen.

Das System ist soweit ganz klar, aber in der Auswirkung zutiefst ungerecht. Die Wirtschaftskrise hat die öffentliche Hand auf allen Ebenen stark getroffen. Tatsache ist, dass in Bayern für die Rettung der Landesbank Milliardenbeträge ausgegeben wurden. Mindestens 3,7 Milliarden minus ein Euro sind bei den Transaktionen für den Kauf und Rückkauf der Hypo Group Alpe Adria - ohne die zusätzlichen Stützungsmaßnahmen - durch den Kamin gejagt worden. Wenn der Bezirk oder eine Kommune so handeln würden, hätten sie längst die Aufsichtsbehörden in ihren Amtsräumen als tägliche Gäste. Man muss hier aber auch auf die Bundesebene schauen. Von Seiten der Bundesregierung sind im Wahlkampf in gleicher Weise Milliarden für die Misswirtschaft im Bankenwesen geflossen. Zusätzlich sollen jetzt die alten Wahlversprechen zu punktuellen Steuererleichterungen führen, obwohl die Kassen leer sind. In dieser Situation Hoteliers, wohlhabende Familien und Erben mit Steuergeschenken ohne konjunkturellen Effekt zu Lasten der völlig überschuldeten und unterfinanzierten Haushalte zu bedenken, ist schlicht unverantwortlich. Das schlimmste für mich ist dabei, dass gerade die Bedürftigsten an dem Segen nicht teilhaben werden können. Aber zu Gunsten der eigenen Klientel, und offensichtlich um nicht wieder als wortbrüchig dazustehen, nimmt die neue Regierung in Berlin alles in Kauf, auch die Staatsverarmung und -überschuldung. Das sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bedeutet für den Landeshaushalt ein zusätzliches Defizit von mindestens 360 Mio. Euro. Die Kommunen, die für 2010 ohnehin mit Einnahmeausfällen von 1,9 Mrd. Euro zu rechnen haben, werden mit weiteren 300 Mio. Euro belastet.

Ohne jede Hemmung werden die Fehlstände nach unten durchgereicht, das geht nach dem alten Motto: Den letzten beißen die Hunde. Die Länder klagen über die rigide Haltung des Bundes, gehen aber genauso unnachgiebig bei der Aufteilung der FAG-Mittel um. Das ist keine Grundlage für solides, verantwortungsbewusstes Handeln. Und spätestens nach dem Jahr 2011, wenn im Bezirk keine Rücklagenentnahme mehr möglich ist, wird sich das katastrophal auswirken. Von einem ausgeglichene **Haushalt auf Landesebene**, das war jahrelang doch die heilige Kuh, kann keine Rede mehr sein. Dann nimmt man das Geld von denen, die sich nicht wehren können, sondern dankbar die Hände aufhalten müssen, das ist - wie Sie alle wissen - die kommunale Ebene.

Eine Situation, die von mir in den vergangenen Jahren immer wieder kritisiert wurde: Auf Almosen zu warten - das kann und darf keine dauerhafte Perspektive für die Bezirke sein. Und das ist der eigentliche Skandal, mit dessen Folgen wir zu kämpfen haben. Dazu habe ich Ihnen auch eine Resolution auf den Tisch gelegt.

Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen müsste ich eigentlich den Bezirkshaushalt ablehnen, denn man könnte meine Zustimmung zum Bezirks-HH auch als Zustimmung zu dem oben geschilderten Finanzierungsgebaren durch den Bund und die Staatsregierung deuten. Trotzdem werde ich dem Haushaltsplan für 2010 zustimmen.

Das liegt vor allem an der seriösen Planung und der zuverlässigen Vorbereitung durch die Verwaltung. An dieser Stelle sage ich schon herzlichen Dank, insbesondere dem Kämmerer

Herrn Braun, für das umfangreiche Zahlenwerk und die ausführlichen Erläuterungen dazu, so wie Herrn Hartmann von der Sozialverwaltung für die solide Planung im Sozialhilfehaushalt. Sie rechnen beide immer mit dem spitzen Stift, gehen aber auch mit der nötigen Geduld auf die Probleme und Nöte unserer Klienten ein und verfügen über genügend Weitsicht für eine nachvollziehbare mittelfristige Planung.

Bereits im Vorjahr war klar, dass die Bezirksumlage für 2010 deutlich höher ausfallen müsste als 2009. Durch die gesamtwirtschaftliche Situation steht vor allem kleinen Städten und Gemeinden, aber auch den nördlichen Landkreisen, jetzt schon das Wasser bis zum Hals. Ich habe mich beim HH 2009 gegen eine erneute Absenkung der Bezirksumlage auf 14 %, ausgesprochen. Ihre Entscheidung, meine Damen und Herren, war wirtschaftlich und politisch gesehen unklug. Bei den anderen Bezirken stießen wir mit einer Umlage, die mehr als 3 % unter dem Landesdurchschnitt liegt, auf großes Unverständnis. Und wir regten die Debatte um die Umschichtung der FAG-Mittel innerhalb der Bezirke unnötig an.

Andererseits müssten wir für den Haushalt 2010 jetzt die Umlage nicht erhöhen und hätten zusätzlich mehr Luft für die Planung der nächsten Jahre. Dass wir Schulden getilgt haben und weiter tilgen werden, ist sinnvoll, denn auch die Zinsen werden von den Umlagezahlern getragen. Jetzt aber, nach der Absenkung im vergangenen Jahr, die Umlage nicht anzuheben, wie es die SPD fordert, wäre in meinen Augen eine weitere Belastung.

1. müssten wir uns schon ein Jahr früher aller Rücklagen entledigen,
2. wären wir gezwungen in den kommenden Jahren wegen der sinkenden Umlagekraft und den ständig steigenden Kosten die Umlage jeweils um 2 -3 % anzuheben,
3. setzten wir damit wieder ein falsches Zeichen an die anderen Bezirke. Sie könnten bei der FAG-Mittel-Verteilung mit recht auf uns mit dem Finger zeigen nach dem Motto „Die Oberpfälzer haben ´s ja nicht nötig.“ Wie wollen Sie da im Verband der Bezirke die Oberpfälzer Ansprüche erfolgreich durchsetzen? Deshalb stimme ich der Umlage-Erhöhung auf 15 % zu in der Hoffnung, dass die Zahlen für die Jahre bis 2013 in umgekehrter Richtung von der mittelfristigen Finanzplanung abweichen, wie es die Zahlen aus dem Haushaltsentwurf von 2009 tun.

Nun noch ein paar Anmerkungen und Wünsche zu den konkreten Haushaltsposten: Ich stimme allen Maßnahmen **im Bereich Sozialhilfe** zu, auch wenn er sich mit über 94 % Anteil am Gesamthaushalt noch einmal vergrößert hat. Das ist der politische Knackpunkt, handelt es sich hier doch um Pflichtausgaben zu Gunsten von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung, die ihr Leben nicht aus eigenen Kräften führen und gestalten können. Hier gibt es mit Sicherheit keine Möglichkeiten, spürbare Sparmaßnahmen durchzuführen. Die Fallzahlen werden weiter ansteigen, ebenso die Personalkosten. Die Bezirke werden nur eines tun können: immer wieder bei der Staatsregierung vorstellig werden um eine ausreichende und gesicherte Finanzierung zu erreichen, die nicht jedes Jahr neu nach Kassenlage entschieden werden darf.

Bei dem heute unumstrittenen Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ ergeben sich sicher durch die Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention, die ja auch von der Bundesregierung ratifiziert wurde, neue Herausforderungen für den Bezirk. Da können erhebliche Kostensteigerungen auf uns zukommen, wenn der Rechtsanspruch auf das selbstbestimmte Leben in größerem Umfang umgesetzt werden wird. Im Bereich der Schulen ist auch das Kultusministerium für die Ermöglichung und Umsetzung zuständig. Da müssen erst die Weichen gestellt werden, dass die Inklusion gelingen kann. Wenn sie aber in dem Umfang, wie es bereits in den integrativen Kindertageseinrichtungen geschieht, vollzogen werden soll, kommen noch große Belastungen auf die Bezirke zu. Zu dieser Entwicklung wünsche ich mir einen regelmäßigen Bericht im Sozialhilfeausschuss, in dem Fallzahlen, Personaleinsatz und Kosten aufgezeigt werden.

Die **Medizinischen Einrichtungen** des Bezirks arbeiten erfolgreich und bauen ihr Aufgabengebiet weiter aus. Das ist nicht zu kritisieren. Es wird aber genau zu beobachten sein, wie sich die Personalkosten entwickeln. Der Bezirkstag hat da wenig Einfluss. Wenn er gutes Personal halten will, muss er die Anhebung der Tariflöhne bei allen Mitarbeitern vollziehen. Da stimme ich zu. Fest steht für mich aber auch, dass nicht nur unsere Ärzte unter schwierigen Bedingungen arbeiten und dafür auch ein entsprechendes Gehalt erwarten dürfen. Die relativ kurze Betriebszugehörigkeit von Krankenschwestern und -pflegern sehe ich als Alarmzeichen. Beim Investitionsplan hoffe ich insbesondere für die Baumaßnahmen in Wöllershof und Regensburg, auch in der Forensik in Regensburg auf eine rasche Umsetzung, seien es Neubau- oder Sanierungsmaßnahmen.

Im Kulturhaushalt setzt der Bezirk einerseits auf die Bewahrung der Eigenart und der Geschichte der Oberpfalz und schafft damit Identität. Die Denkmalpflege, die Förderung des Freilandmuseums Neusath mit den Depot-Bauten, die reiche Theaterlandschaft in der Oberpfalz sind wichtige Bausteine dazu. Mit den Kulturpreisen des Bezirks stellen wir alljährlich die kulturelle Bandbreite der Oberpfälzer Bevölkerung vor. Sicher gibt es auf dieser Ebene Kulturpreise, die höher dotiert sind. Ich stelle mir da vor, dass man bei zwei gleichwertigen Preisträgern die Preise nicht halbieren, sondern aufstocken sollte. Auch bei so knappen Mitteln, wie sie uns gegenwärtig zur Verfügung stehen, müssten diese 1000 € doch möglich sein.

Wir haben leider keinen HH-Untertitel **Zukunft der Oberpfalz**. Aber was der Bezirk für die Kinder- und Jugendförderung leistet, verdient hohes Lob. Die Berufsfachschule für Musik bildet seit Jahren für musikalisch Begabte erfolgreich ein Sprungbrett in den Traumberuf. Die Entwicklung der zukünftigen Fachakademie für Raum- und Objektdesign in Cham müssen wir wohl noch einige Zeit kritisch beobachten. Die Zuschüsse an Schulen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderanspruch sind ebenso wie die Mittel für den Bezirksjugendring sinnvoll ausgegebenes Geld.

Bei den **Zuschüssen für den Sport** sehe ich aber Handlungsbedarf: Wenn Sie, meine Damen und Herren, schon die Förderung der Schützenverbände für unverzichtbar halten, sollten Sie wenigstens den Auftrag geben, die Förderrichtlinien zu überarbeiten und die Verteilung auf einen einheitlichen, nachvollziehbaren Stand bringen zu lassen. Auch wenn ich uns insgesamt für den Kulturbereich einen größeren finanziellen Spielraum wünsche, so bin ich doch bereit anzuerkennen, dass uns durch die Finanzierung über die KGO immer wieder Mittel zur Verfügung stehen, die nicht für Pflichtaufgaben eingesetzt werden müssen.

Für alle Baumaßnahmen wäre es wünschenswert, dass wir, nachdem wir 30.000 € für ein Energiegutachten ausgegeben haben, dessen Ergebnisse bald bekommen und auch umgehend und konsequent in Maßnahmen umsetzen würden. Das ist ein zukunftsfähiger Weg, finanzielle Belastungen abzubauen und die Probleme mit der Klimakatastrophe nicht auf die Zukunft abzuwälzen.

Große Möglichkeiten für unsere Umlagezahler im positiven Sinn etwas zu verändern, stehen dem Bezirk ja sonst kaum zur Verfügung. Angesichts der Empfehlungen und Prognosen der Wirtschaftsweisen und des gegenteiligen Verhaltens der Bundesregierung sowie der bayerischen Staatsregierung habe ich auch kaum Hoffnung, dass in absehbarer Zeit wesentliche Änderungen eintreten werden. Bei allen Vorbehalten gegen die Finanzsituation stimme ich doch dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 zu.